

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/ 9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

## Effektiv und konsequent aus der Krise EU-Staaten einigen sich auf Fiskalvertrag

Den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ist auf ihrer informellen Tagung am 30. Januar 2012 etwas Besonderes gelungen: Nach weniger als zwei Monaten Verhandlungszeit haben sie sich auf den sogenannten Fiskalvertrag geeinigt. Mit diesem völkerrechtlichen Vertrag werden die Haushaltsregeln der Wirtschafts- und Währungsunion verschärft.



Alle Länder, die sich dem Vertrag anschließen, verpflichten sich zu strikter Haushaltsdisziplin und besserer wirtschaftlicher Koordinierung. Wer sich dennoch als Defizitsünder erweist, den treffen automatische Sanktionen. Der Vertrag soll im März

unterzeichnet und dann möglichst schnell ratifiziert werden.

### Schuldenbremsen und Schuldenabbau werden zur Pflicht

Der Vertrag zieht harte Konsequenzen aus der Schuldenkrise in Europa: Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, eine Schuldenbremse nach deutschem Muster einzuführen. Die jährliche Neuverschuldung, um Konjunkturreffekte und finanzielle Transaktionen bereinigt, darf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten. Ist dies dennoch der Fall, sollen automatische Korrekturen greifen. In einem neuen Verfahren sollen EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof überprüfen, ob die Staaten ihrer Pflicht zur Einführung der Schuldenbremse nachkommen. Stellt der EuGH fest, dass dies nicht oder nicht in ausreichender Form geschehen ist, kann er in einem weiteren Verfahren Sanktionen gegen den betroffenen Staat verhängen. Vorgesehen sind Geldstrafen von maximal 0,1 Prozent des BIP, die an den neuen Rettungsschirm ESM zu zahlen wären. Einen entscheidenden Fortschritt für mehr Haushaltsdisziplin bringen

gen automatische Sanktionen bei Verstößen gegen das EU-Defizitkriterium. Künftig wird ein Defizitverfahren automatisch ausgelöst und kann nur mit qualifizierter Mehrheit im Rat der Finanzminister verhindert werden. Damit wäre ein großer Schwachpunkt des Maastricht-Vertrags beseitigt: Konsolidierungsunwillige Länder können sich nicht mehr miteinander verbünden, um Sanktionen zu umgehen. Weiteres wichtiges Ergebnis des Fiskalpakts ist die Verpflichtung der unterzeichnenden Staaten, ihre Gesamtverschuldung abzubauen. Überschreitet diese 60 Prozent des BIP, muss sie um jährlich fünf Prozent reduziert werden.

### **Keine Finanzhilfen ohne Fiskalvertrag**



Besondere Schlagkraft erhält der Vertrag durch seine Verknüpfung mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Wer zukünftig Hilfen aus dem ESM in Anspruch nehmen will, muss den Fiskalvertrag ratifiziert und innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten eine nationale Schuldenbremse eingeführt haben. Auch bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung zieht der Vertrag Konsequenzen aus der Krise. Zwischen den Regierungen wird es eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik geben, insbesondere durch die Abstimmung von Reformplänen. Außerdem werden sich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone von nun an regulär zwei Mal im Jahr treffen. Wenn es um Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Grundlagen der Euro-Zone oder spezielle Fragen der Umsetzung des Fiskalvertrags geht, werden auch die am Fiskalpakt beteiligten acht Nicht-Euro-Staaten dabei

sein. Auch die Parlamente koordinieren sich künftig stärker bei Fragen der Haushalts- und Fiskalpolitik. Der Vertrag sieht Treffen von Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente vor.

### **WEITERE THEMEN DER WOCHE:**

- **Organisationsreform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung**
- **Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ eingesetzt**

Nähere Informationen dazu erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

### **PRAKTIKANTIN SARAH NEITZEL**



(Thomas Strobl und Sarah Neitzel im Paul-Löbe-Haus neben der Büste Paul Löbes)

Diese Woche verabschiedete sich Frau Neitzel aus dem Büro Thomas Strobls. Ihr fünfwöchiges Praktikum geht zu Ende, und die 21-jährige Studentin aus Gochsen muss sich wieder ihren Soziologie- und Politikstudien in Mannheim widmen. Ihre Eindrücke sind absolut positiv: „Es war mir eine große Freude, im Zentrum der Bundespolitik Parlamentsluft schnuppern zu können. Das hilft mir sehr, die wissenschaftlichen Forschungen im Politikbereich mit der Bundestagswirklichkeit zu vergleichen und damit mein Studium zu bereichern“, sagte die junge Unterländerin begeistert. Insbesondere das reichhaltige Praktikantenprogramm hat ihr sehr gefallen

und die Tatsache, dass sie Thomas Strobl auf zahlreiche Termine begleiten durfte. Sie wird die Zeit in Berlin in bester Erinnerung behalten.

### **BESUCH AUS DEM WAHLKREIS**

20 Schülerinnen und Schüler der Eichbottschule Leingarten weilten diese Woche auf Einladung Thomas Strobels in Berlin. Die Jungen und Mädchen der Abschlussklasse 10 der Werkrealschule, für die die Fahrt eine willkommene Gelegenheit zur Einübung ihrer künftigen Rechte und Pflichten als erwachsene Staatsbürger war, informierten sich über die Politik in der Bundeshauptstadt. Zu dem reichhaltigen Erlebnisprogramm gehörte eine Stadtrundfahrt durchs politische Berlin auf verschneiten Straßen mit Blick auf das seltene Schauspiel einer zugefrorenen Spree (erstmalig seit 25 Jahren!) und die Teilnahme an einer Debatte im Plenum.



(Thomas Strobl im Gespräch mit der Abschlussklasse 10 der Leingartener Eichbottschule)

Als besonders spannend empfanden die gut aufgelegten Besucher die Begegnung mit dem direkt gewählten Heilbronner Bundestagsabgeordneten. In einem der Besucherräume des Bundestages diskutierten sie mit Thomas Strobl aktuelle Sachthemen. Die jungen Leute stellten aber auch Fragen privater Natur und wollten wissen, welche Hobbys der Heilbronner MdB hat, wie er auf seinen Berufswunsch Politiker kam, welche Musik er gerne höre und vieles mehr. Trotz vollem Terminkalender nahm sich der Vorsitzende des Immunitätsausschusses Zeit, alle Fragen geduldig zu beantworten und beein-

druckte die jungen Besucher durch seine Offenheit und das Eingeständnis, dass er z.B. gerne alte Rockmusik von Janis Joplin höre.

„Herr Strobl ist ein Politiker zum Anfassen“, sagten einige der Jugendlichen sichtlich angetan und nahmen durch diese Begegnung das Bild eines rundum menschlichen Abgeordneten mit auf die Heimreise. Angesichts dieser positiven Eindrücke verkräfteten die Schüler auch den witterungsbedingt nur eingeschränkten Zugang zur Reichstagskuppel. Der übliche Rundgang auf der Reichstags Terrasse musste wegen Glatteises ausfallen, da die Gefahr, in die Tiefe zu stürzen, einfach zu groß war. Doch diesen kleinen Wermutstropfen schluckten die Leingartener tapfer und ohne Murren, womit sie der erzieherischen Leistung ihrer Lehrerinnen ein mindestens ebenso gutes Zeugnis ausstellten wie durch ihre zuvor gestellten klugen Fragen zur Politik im Gespräch mit Thomas Strobl. Insofern zeigt die Eichbottschule, was eine Hauptschule (ob mit oder ohne Werkrealzug) auch in heutiger Zeit noch alles leisten kann, wenn sie gut geführt wird, und dass diese Schulart alles andere als ein Auslaufmodell ist.

### **PRESSEMITTEILUNGEN:**



## **Thomas Strobl MdB:**

### **Landwirte in Baden-Württemberg profitieren von der Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (09.02.2012)**

Die soziale Sicherung in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und im Gartenbau wird auf eine neue Grundlage gestellt: Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, die bisher bestehenden 36 Träger für die Alters-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung der „grünen Berufe“ unter dem Dach eines gemeinsamen Bundesträgers zusammenzufassen. In diese neue Sozialversicherung für Landwirt-

schaft, Forsten und Gartenbau wird auch die landwirtschaftliche Sozialversicherung Baden-Württemberg einschließlich ihrer Versicherten integriert.



Für den Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Bundestag, Thomas Strobl, ist die Gründung eines gemeinsamen Bundesträgers ein notwendiger Schritt: „Die Vielzahl unterschiedlicher Träger ist bei der sinkenden Anzahl von Versicherten nicht mehr vertretbar – der gemeinsame Bundesträger wird die Effizienz der landwirtschaftlichen Sozialversicherung erhöhen.“ Dies sei auch geboten, damit langfristig der Bundeszuschuss aus Steuermitteln gerechtfertigt werden könne. Thomas Strobl hebt hervor, dass im Zuge dieser Reform der Bund bis 2014 150 Mio. Euro zusätzlich für die landwirtschaftliche Unfallversicherung bereitstellt – dies werde sich beitragsenkend für die Landwirte in Baden-Württemberg auswirken.

Nach schwierigen Verhandlungen im Gesetzgebungsverfahren konnte erreicht werden, dass die Betriebsmittel der landwirtschaftlichen Unfallversicherung Baden-Württemberg zu einem geringeren Anteil als ursprünglich vorgesehen auf den neuen Bundesträger übertragen werden. Dies war Thomas Strobl in den parlamentarischen Beratungen ein wichtiges Anliegen: „So bleibt mehr Geld den Versicherten in Baden-Württemberg erhalten, was sich positiv auf ihre Beitragsentwicklung auswirken wird.“ Der Heilbronner Abgeordnete sieht durch den neuen Bundesträger die ortsnahe Betreuung der Versicherten grundsätzlich nicht gefährdet: „Die Selbstverwaltung des neuen Trägers ist gefordert, auch bei fortschreitendem Strukturwandel so viel Regionalität wie möglich zu bewahren.“

Auch das Landesgruppenmitglied Peter Weiß befürwortet die Reform und ist sich mit Thomas Strobl einig: „Durch Gründung einer Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wird die Solidargemeinschaft der Versicherten vergrößert – dies ist besonders im Hinblick auf die zu erwartenden steigenden Gesundheitsausgaben zu begrüßen.“ Ein größerer Versicherungsträger könne gegenüber den Leistungserbringern bessere Leistungen für die Versicherten aushandeln. Einen

weiteren Vorteil sehen Strobl und Weiß in der Vereinheitlichung der Beitragsbemessung: „Vergleichbare Betriebe erhalten nun eine vergleichbare Beitragsbelastung – dies ist ein wichtiger Schritt, damit künftig keine Wettbewerbsverzerrungen zwischen Betrieben aus unterschiedlichen Bundesländern mehr bestehen.“

Thomas Strobl bewertet die Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung insgesamt positiv: „Die Reform stellt sicher, dass die landwirtschaftliche Sozialversicherung eigenständig bleibt und auch in Zukunft die soziale Sicherheit der Landwirte und ihrer Familien gewährleisten kann.“

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle  
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227-72542  
Fax 030 / 227-70132